

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei,  
Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/834 –**

### **Nuklearen Dammbbruch verhindern – Indien an das Regime zur nuklearen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung heranführen**

#### **A. Problem**

Das nukleare Nichtweiterverbreitungsregime wurde durch das am 2. März 2006 zwischen Indien und den USA unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit im zivilen Nuklearsektor fundamental geschwächt. Das Abkommen hat eine Aufhebung der seit rund 30 Jahren bestehenden nuklearen Lieferbeschränkungen gegen Indien zum Ziel. Mit diesem Präzedenzfall droht die Gefahr eines nuklearen Dammbbruchs. Es bedeutet die faktische Anerkennung des indischen Atomwaffenstatus. Indien soll unbegrenzten Zugang zu Atomtechnologie erhalten, wie er bisher nur NVV-Staaten zusteht, die auf Atomwaffen verzichtet haben und die ihre Atomprogramme umfassend durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) kontrollieren lassen. Indien ist jedoch nicht Mitglied des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV). Das Abkommen erschwert zudem internationale Bemühungen, den Iran von einer freiwilligen Beschränkung seiner Nuklearaktivitäten zu überzeugen. Damit werden doppelte Standards eingeführt. Es besteht die Gefahr, dass die indische „Sonderregelung“ zum Referenzmodell für Israel, Pakistan und alle Staaten, denen es gelingt, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, wird.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, gegenüber den USA und Indien die ernste Besorgnis des Bundestages zum Ausdruck zu bringen, innerhalb der EU für ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen in der Nuclear Suppliers Group (NSG) zu werben, weiterhin darauf zu drängen, dass Indien, Pakistan und Israel dem NVV als Nichtatomwaffenstaaten beitreten, bei der Diskussion um eine mögliche Lockerung nuklearer Lieferbeschränkungen gegen Indien strengste Maßstäbe anzulegen und gegenüber den USA, Indien und anderen Partnerstaaten deutlich zu machen, dass vor einer Lockerung der internationalen Exportrestriktionen von Seiten Indiens wichtige Grundvoraussetzungen erfüllt sein müssen. Zugleich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich national zu verpflichten, die NSG-Richtlinien in ihrer jetzigen Fas-

sung weiter anzuwenden und die deutsch-indische Zusammenarbeit im Bereich regenerativer Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung zu intensivieren.

**B. Lösung**

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/834 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Harald Leibrecht**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

**Jürgen Trittin**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Dr. Rolf Mützenich, Harald Leibrecht, Dr. Norman Paech und Jürgen Trittin

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/834** in seiner 23. Sitzung am 10. März 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/834 in seiner 12. Sitzung am 5. April 2006 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung überwiesen.

### II. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 29. November 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der

Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 29. November 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 2. Februar 2007 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung je einer Stimme der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen je eine Stimme der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 28. Februar 2007

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Harald Leibrecht**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

**Jürgen Trittin**  
Berichterstatter